

35
81

Union in Deutschland

Bonn, den 19. November 1981

Liebe Freunde,

der 30. Bundesparteitag in Hamburg stand im Zeichen des Gesprächs mit den jungen Menschen. Für die Partei war dieses Gespräch ein außerordentlicher Erfolg.

Was in Hamburg begann, muß weitergetragen werden. Eine Erfahrung war: junge Menschen warten darauf, daß wir auf sie zugehen. In den nächsten Monaten sollten wir die Chancen nutzen und die Initiative ergreifen.

Bei einer Umfrage unter den jugendlichen Gastdelegierten auf dem Hamburger Parteitag haben sich 96 Prozent dafür ausgesprochen, daß die CDU den Dialog mit der Jugend fortsetzen sollte und 70 Prozent hatten den Eindruck, daß die CDU ihre Anliegen ernst nimmt. Auf diesem Vertrauen müssen wir aufbauen.

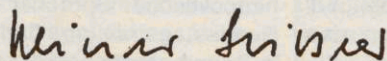
Die Bürger wollen heute von uns wissen, welche Ziele wir für die Zukunft unseres Volkes beschreiben und welche Antworten wir auf die zentralen politischen Fragen — Sicherung des Friedens nach innen und außen — gehen.

Die Menschen setzen in die CDU große Erwartungen. Wir dürfen sie nicht enttäuschen, sondern müssen die in Hamburg begonnene Form des Gesprächs in den Kreis- und Ortsverbänden fortsetzen.

Zur Vorbereitung und Unterstützung Ihrer Aktivitäten stellen wir Ihnen in diesem UiD neue Materialien vor, die den Hamburger Parteitag für Ihre Arbeit aufbereiten, und machen Ihnen neue Aktionsvorschläge.

Für Ihre Arbeit wünschen ich Ihnen im Interesse unseres gemeinsamen Zieles, die Menschen von der besseren Politik der CDU zu überzeugen, Erfolg.

Ihr



(Heiner Geißler)

22. 11. in Bonn

Demonstration für Frieden und Menschenrechte in Ost und West

 Einzelheiten
auf Seite 13 und 14

■ BRESCHNEW- BESUCH

 Konkrete Vorschläge müssen
Willen zur Abrüstung beweisen
Seite 3

■ HAUSHALT '82

 Das ist kein Weg aus der
Haushaltskatastrophe Seite 5

 Neue Milliardenlöcher in Nürnberg
Seite 8

■ KOALITION

 Wehner diffamiert, um abzulenken
Seite 9

■ CDU RHEINLAND

 Parteitag der Zuversicht und des
Auftriebs Seite 11

■ DOKUMENTATION

 Politik der aktiven
Friedenssicherung/Über
Abrüstungsinitiativen
der CDU/CSU grüner Teil

■ ÖFFENTLICHKEITS- ARBEIT

 Das Gespräch mit der Jugend
führen rosa Teil

■ INFORMATION

Teure Konferenzen lösen die Probleme des Hungers nicht

Angesichts einer Inflation von internationalen Konferenzen zu Fragen der Entwicklungspolitik erklärte der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion MdB Volkmär Köhler (Wolfsburg): Durch die Vielzahl von finanziell aufwendigen entwicklungspolitischen Konferenzen werden die Probleme der armen und hungernden Menschen in den Entwicklungsländern nicht gelöst. Deren Schicksal kann nur durch konkrete Hilfe beeinflusst werden.

Die kürzlich durchgeführten Konferenzen über neue Energien (Nairobi) und über die am wenigsten entwickelten Länder (Paris) haben jeweils ca. zehn Millionen Mark gekostet.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihren Einfluß dahingehend geltend zu machen, daß die Zahl der internationalen Konferenzen reduziert und die Effektivität erhöht wird.

Carstens: Nachdenken über Deutschland

Zu einer intensiveren Beschäftigung mit Fragen der deutschen Nation hat Bundespräsident Karl Carstens aufgerufen. Die junge Generation dürfe nicht „heimat- und staatenlos“ aufwachsen, sagte Carstens in Düsseldorf. Vielmehr müßten ihr Bindung und Identifikation mit dem Staat, in dem sie leben, ermöglicht werden.

Der Bundespräsident warnte vor einem materialistischen Erfolgspatriotismus. Er regte an, Begriffe wie Vaterland, Volk und Heimat „ungetrübt und befreit von der Verfälschung während der nationalsozialistischen Zeit“ wieder freizulegen. Auch

müsse man sich klarer werden, „was wir mit dem Wort Deutschland verbinden“. Das Staatsoberhaupt sprach sich dafür aus, „in höherem Maße Werte in unseren Deutschlandbegriff einzubeziehen“.

Arbeit der Hausfrauen zu wenig gewertet

Einen konsequenten Abbau von Diskriminierungen der Hausfrau — egal ob Familienmutter oder erwerbstätige Hausfrau — in Gesellschaft, Politik und Sozialer Sicherung fordern der Deutsche Hausfrauen-Bund (DHB) und die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA). Bei einem Gespräch von Vorstandsmitgliedern unter Leitung der Präsidentin der DHB, Anneliese Schimke und des Vorsitzenden der CDA, Norbert Blüm, wurde kritisiert, daß die Arbeit der Hausfrau im Brutto-Sozialprodukt nicht gewertet und in der Renten- und Unfallversicherung nicht berücksichtigt wird. Die Vertreter beider Organisationen betonten, die oft zitierte Wahlfreiheit zwischen Erwerbs- und Hausarbeit bestehe in der Wirklichkeit häufig nicht. Sie forderten eine flexiblere Arbeitszeitordnung und mehr Bildungshilfen, damit Frauen die Familienarbeiten und Erwerbsarbeit leichter miteinander verbinden können.

Union will Klarheit im Fall Reinhold

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will die angebliche Verschleppung der Leipziger Schauspielerin Christine Reinhold vor den Bundestag bringen. In Presseberichten hatte es geheißt, bei einem Gastspiel ihres Ensembles in Ludwigshafen hätte sich Frau Reinhold nach Köln abgesetzt und sei von ihrer „Betreuerin“ wieder in die DDR zurückgebracht worden. Wie der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Carl-Dieter Spranger in Bonn betonte, will die Union „auf uneingeschränkte Aufklärung“ drängen.

■ BRESCHNEW-BESUCH

Konkrete Vorschläge müssen Willen zur Abrüstung beweisen

Das gezielte Eindringen eines atomar bestückten sowjetischen U-Bootes in die militärischen Sicherheitszonen des benachbarten neutralen und erklärtermaßen befreundeten Schweden wie der anhaltende Krieg sowjetischer Truppen gegen Freiheitkämpfer in dem ebenfalls benachbarten und einst neutralen und befreundeten Afghanistan erhellen den eklatanten Widerspruch zwischen den ständigen Friedenserklärungen der sowjetischen Führung und ihren aggressiven Handlungen, stellte Helmut Kohl in seinem Lagebericht vor der Bundestagsfraktion fest.

Während in Madrid die Teilnehmerstaaten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) über neue vertrauensbildende Maßnahmen beraten, verletzt die Sowjetunion die von ihr selbst feierlich beschworene und in der Schlußakte von Helsinki vertraglich zugesicherte Achtung der Souveränität und territorialen Unversehrtheit anderer Staaten. Die sowjetische Führung belastet damit selbst in schwerster Weise die Grundlage des gegenseitigen Vertrauens in Europa, das die entscheidende Voraussetzung für eine Politik der Rüstungskontrolle und Abrüstung ist.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erwartet deshalb von dem Besuch des sowjetischen Generalsekretärs Breschnew in Bonn konkrete Vorschläge, die den Willen der Sowjetunion zum Frieden und gegen-

seitiger Verständigung, zur Abrüstung und Rüstungskontrolle unter Beweis stellen.

Wer, wie der sowjetische Partei- und Regierungschef Breschnew, einen begrenzten atomaren Krieg ausschließt, muß bereit sein, seine Vorrüstung im Bereich der atomaren Mittelstreckenraketen bis 1983 gänzlich abzubauen.

In diesem Zusammenhang sollten die westlichen Teilnehmerstaaten auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid prüfen, ob sie im Falle einer Einigung über eine europäische Abrüstungskonferenz den polnischen Vorschlag aufgreifen, die Konferenz in Warschau stattfinden zu lassen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verfolgt mit großer Sorge die anhaltende Kampagne der SPD gegen den Doppelbeschluß der NATO. Die Beschlüsse des SPD-Landesverbandes Saarland und des SPD-Bezirksverbandes Südbayern stehen in einer Reihe mit den Parteitagergebnissen der baden-württembergischen und schleswig-holsteinischen SPD. Damit zeichnet sich in der SPD eine deutliche Mehrheit gegen die Sicherheitspolitik von Bundeskanzler Schmidt ab.

Diese Entwicklung innerhalb der Regierungspartei belastet die am 30. November beginnenden sowjetisch-amerikanischen Gespräche über den Abbau euro-strategischer Waffen. Die sowjetische Verhandlungsseite könnte auf ein Scheitern des NATO-Doppelbeschlusses hoffen und deshalb in den Verhandlungen substantielle Zugeständnisse von vornherein ver-

weigern. Die SPD-Parteitagebeschlüsse auf allen Ebenen zeigen, daß sich die SPD längst über ihren Bundeskanzler und auch über die matten Einwände des SPD-Vorsitzenden Brandt hinwegsetzt. Das Schweigen des Bundeskanzlers zu diesen Vorgängen ist berechtigt.

SPD sucht Ausweg durch Verzögerung

In der SPD verstärken sich neuerdings Tendenzen, einer Diskussion und Abstimmung über den NATO-Doppelbeschuß beim kommenden Parteitag aus dem Wege zu gehen, um die Entscheidung auf einen Sonderparteitag im Jahre 1983 zu verschieben. Der saarländische Landesvorsitzende La Fontaine hat dies bereits öffentlich angeregt, heißt es in einer Erklärung von Manfred Wörner.

Ein solches Verfahren wäre verheerend. Man kann Bundeskanzler Schmidt nur raten, sich nicht auf ein so kurzatmiges taktisches Manöver einzulassen. Eine solche Entscheidung wäre das Ende des Doppelbeschlusses. Je länger die Entscheidung in der SPD hinausgezögert wird, desto stärker werden die in Opposition zur Regierung stehenden Teile der Sozialdemokraten.

Dazu kommt ein weiterer schwerwiegender Nachteil. Die dann mit den Sowjets laufenden Abrüstungsverhandlungen über Mittelstreckenwaffen kämen unter einen unerträglichen Zeit- und Erfolgsdruck von seiten der Bundesregierung. Die Versuchung zu immer weiteren einseitigen Konzessionen selbst um den Preis unserer Sicherheit müßte wachsen.

Fazit: Wer an erfolgreichen Abrüstungsverhandlungen interessiert ist, darf einer Politik des Ausklammerns und taktischen Verzögerns bei der SPD nicht Vorschub leisten. Hier liegt eine wichtige Aufgabe auch von Bundesaußenminister Genscher.

Was tut Bonn für die Deutschen in der Sowjetunion?

In einer aktuellen Stunde zur Lage der Deutschen in der Sowjetunion führte der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen und Flüchtlinge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Herbert Czaja, u. a. aus: Die Lage der Deutschen in der Sowjetunion entspricht nicht den eindeutigen Verpflichtungen, die sich aus dem politischen Menschenrechtspakt der Vereinten Nationen auch für die Sowjetunion ergeben.

Artikel 12, Absatz 2 des Paktes besagt eindeutig: „Jedermann steht es frei, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen.“ Einschränkungen sind nur durch gerichtliche, überprüfbare Gesetzesvorschriften zulässig. Nach Artikel 2 des politischen Menschenrechtspaktes darf Angehörigen nationaler Minderheiten nicht das Recht vorenthalten werden, ihr eigenes kulturelles Leben zu pflegen, ihre Religion auszuüben und sich ihrer Sprache zu bedienen.

Herbert Hupka erklärte in diesem Zusammenhang: Die Sowjetunion läßt immer weniger Deutsche ausreisen, ohne daß seitens der Bundesregierung offiziell protestiert wird. Man geht so miteinander um, als sei das Los der Deutschen in der Sowjetunion ohne Belang für die deutsch-sowjetischen Beziehungen.

Die Nordatlantische Versammlung der NATO-Staaten hat dagegen kürzlich in München einen ausgezeichneten Bericht über das Los der Deutschen in der Sowjetunion vorgelegt. Wo bleibt der Bericht der Bundesregierung? Erfolg und Mißerfolg des Besuches von Breschnew in Bonn ist an dem Ergebnis abzulesen, das von der Bundesregierung für die Deutschen in der Sowjetunion erreicht wird.

■ BUNDESHAUSHALT 1982

Das ist kein Weg aus der Haushaltskatastrophe

Der Deutsche Bundestag hat am vergangenen Donnerstag (12. November 1981) mit der Mehrheit der Koalitionsfraktion ein ganzes Bündel von Haushaltssicherungsgesetzen als Teil eines Haushalt-Notprogramms verabschiedet. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in der dritten Lesung sämtliche Gesetze abgelehnt, da dieses „Paket“ insgesamt unzulänglich und untauglich für eine dauerhafte Sanierung der Bundesfinanzen und in weiten Teilen falsch und investitionsschädlich ist.

Es handelt sich um folgende Gesetze:
Zweites Haushaltsstrukturgesetz (2. und 3. Lesung),

Neuntes Gesetz zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes (2. und 3. Lesung),

Verbrauchssteueränderungsgesetz 1982 (2. und 3. Lesung),

Gesetz zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung (2. und 3. Lesung),

Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz (2. und 3. Lesung),

Kostendämpfungs-Ergänzungsgesetz (2. und 3. Lesung),

Krankenhaus-Kostendämpfungsgesetz (2. und 3. Lesung),

Zweites Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes (2. und 3. Lesung),

Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1981 (2. und 3. Lesung).

Nachfolgend faßt der Obmann der Haushaltsgruppe der Fraktion die Haltung der

Union zu diesen Gesetzen in sechs Punkten zusammen.

Die Bundesfinanzen sind in der größten Krise der Nachkriegszeit. Ein Milliardenloch nach dem anderen tut sich auf. Erst fing es mit 27 Milliarden Mark an, im Mai waren es 34 Milliarden, heute sind es 38 und am Jahresende dürften es 40 Milliarden sein.

Ich will das folgendermaßen begründen:

Erstens: Nichts beleuchtet schlagartig die Unzulänglichkeit — um nicht zu sagen, die bodenlose Unseriosität — des Haushaltskonzepts der Bundesregierung (des Haushaltsentwurfs und der damit zusammenhängenden Gesetzesentwürfe) als die Tatsache, daß die Bundesregierung bereits vier Wochen nach Einbringung ihrer Vorlagen im Parlament eingestehen muß, daß ihr weitere acht Milliarden allein in 1982 fehlen.

Wieder einmal, wie schon so oft, hatte die Regierung falsche Zahlen vorgelegt. Ein zusätzliches Milliardenloch in dieser Größenordnung bereits vier Wochen nach der Haushaltseinbringung ist allerdings ein einmaliger Vorgang, sogar in der Geschichte dieses Parlaments, dem schon manches von dieser Bundesregierung bei Haushaltsberatungen zugemutet worden ist. Aber auch daraus hat die Regierung nichts gelernt. Wieder wird mit geschönten Zahlen aufgewartet. Heute schon feststehende Mehrausgabeverpflichtungen — etwa im Stahlbereich oder bei den Zinsen — sind nicht oder nur unvollständig berücksichtigt. Bei den Steuereinnahmen und der Entwicklung auf dem Arbeits-

markt klammert sie sich an die optimistischste aller Varianten. Dem wirklichen Ernst der Lage Rechnung zu tragen, fehlt ihr wieder mal der Mut — mit der Folge, daß sich auch 1982 immer neue, immer größere Milliardenlöcher auftun werden.

Nicht umsonst verweigert der Finanzminister der Opposition die Berechnungsgrundlagen und das Hintergrundmaterial zu seinem Märchenbuch. Statt dessen versucht er, Haushaltsausschuß und Gesamtparlament unter einen noch nie dagewesenen Terminzwang zu setzen, der selbst den Anschein einer seriösen und ordnungsgemäßen Beratung nicht mehr gewährleistet. Dem Haushaltsausschuß soll zugemutet werden, in nur noch zwei Beratungswochen mehrere tausend einzelne Ausgabepositionen durchzugehen.

Wer das betreibt, der betreibt die Selbstentmündigung des Parlaments — der tritt das Budgetbewilligungsrecht des Parlaments mit Füßen. Wer das betreibt, der hat in Wirklichkeit etwas zu verbergen. Der hat zu verbergen, daß das Papier, auf dem der Haushalt steht, das einzig Reale an diesem Machwerk ist. In dem Maße aber, in dem der Haushalt unrealistisch ist, sind die Haushaltssicherungsgesetze ebenfalls unzureichend.

Zweitens: Selbst wenn das Zahlenwerk der Regierung aufgehen würde, woran kein sachverständiger Beobachter in diesem Lande glaubt, sind Sie immer noch bei Schuldenzuwachsen, die der finanzpolitische Sprecher der FDP, Hoppe, als „tickende Zeitbombe“ bezeichnet hat. In Wirklichkeit stehen Sie in einem ganzen Minenfeld und täglich fliegen Ihnen neue Brocken um die Ohren.

Drittens: Das Haushaltspaket ist kein Konzept zur Verbesserung der Haushaltsstruktur. Verbesserung der Haushaltsstruktur, das würde heißen: Mehr Raum für Investitionen, Schaffung finanzieller Freiräume für wichtige politische Gestal-

tungsaufgaben. Tatsächlich wird der Investitionsanteil am Haushalt auch künftig drastisch zurückgehen. 1969 waren es noch 17 %. Heute sind es keine 14 % mehr, und 1985 werden es gerade noch 12 % sein.

Das ist das Ergebnis der Finanzpolitik eines Ministers, der einmal mit der Ankündigung sein Amt angetreten hat, den Investitionsanteil im Haushalt mit allen Mitteln vermehren zu wollen. Das einzige, wofür im Haushalt noch Freiraum geschaffen wird, weil er geschaffen werden muß, sind die Ausgaben für den Schuldendienst. Ihr Anteil lag 1969 bei 2,7 % und wird 1985 bereits 11,4 % betragen. Mehr als jede neunte Mark im Haushalt, fast genausoviel wie für die Investitionen, muß dann allein für die Verzinsung des riesigen Bundes-schuldengebirges ausgegeben werden — wenn das reicht! Politische Gestaltungsaufgaben sieht diese Bundesregierung offenbar nur noch in der Bedienung ihrer Schulden, die ihr bis an die Halskrause stehen.

Viertens: Dieses Haushaltskonzept ist nicht nur unzureichend, es ist in weiten Teilen fehlerhaft: Die echten gesetzlichen Ausgaben-Einsparungsvorschläge belaufen sich nur auf sechs bis sieben Milliarden Mark beim Bund. Das ist zu wenig. Wieder einmal begibt sich die Bundesregierung auf den bequemen, aber um so falscheren Weg der Steuer- und Abgabenerhöhung. Und wieder einmal begeht sie einen Wortbruch nach dem anderen: „Ich halte die Belastungen der Bürger mit Steuern und Abgaben schon jetzt für zu hoch. Sollten wir später einmal Verbrauchsteuern erhöhen aus bestimmten Gründen, dann bin ich der Meinung, daß andere Steuern gesenkt werden müßten im gleichen Ausmaß“, so der Bundesfinanzminister am 8. Mai dieses Jahres in der ARD-Sendung „Bericht aus Bonn“.

Heute wird die Tabaksteuer erhöht, die Sektsteuer erhöht, die Branntweinsteuer

erhöht und beispielsweise das Einkommen- und Umsatzsteuerrecht in einer Vielzahl von Punkten, die fast alle Steuererhöhungen bedeuten, geändert. — Wortbruch Nr. 1! — Und die FDP, die laut Genschers Wende-Brief vom 20. August noch „die Gesamtbelastung von Arbeitern, Angestellten und Wirtschaft eher einschränken oder mindestens begrenzen, aber sie nicht ausweiten“ wollte, macht dabei mit.

Noch vor sechs Wochen hat der Bundesfinanzminister am 25. September 1981 im Bundesrat den Verdacht, die Regierung werde die Arbeitslosenversicherungsbeiträge auf 4% erhöhen, entrüstet als Unterstellung zurückgewiesen und wörtlich erklärt: „Hier ist, jedenfalls während der Amtszeit dieses Bundesfinanzministers, keine weitere Beitragserhöhung eingebaut.“ Und heute, nach sechs Wochen, wird das hier beschlossen! — Wortbruch Nr. 2! — Herr Matthöfer, die Frage ist von Ihnen noch nicht beantwortet, welche an sich doch selbstverständliche Konsequenz Sie aus diesem Wortbruch ziehen! Steuer- und Abgabenerhöhungen sind der falsche Ausweg aus der Haushaltskrise. Sie belasten Bürger und Betriebe. Sie bestrafen die Leistung, sie schmälern den ohnehin begrenzten Investitionsspielraum unserer Wirtschaft.

Fünftens: Falsch ist auch der Rückgriff auf den Bundesbankgewinn in einer Größenordnung von nunmehr 10 Milliarden Mark. Volkswirtschaftlich ist das Ausfüllen von Haushaltslücken mit Gewinnabführungen der Bundesbank das gleiche wie eine höhere Neuverschuldung. Denn wenn die Bundesbank an ihrer anti-inflationären Geldmengenpolitik festhält, wozu sie verpflichtet ist, muß sie die Geldmenge auf anderen Gebieten entsprechend drosseln.

Das trifft wiederum die Privatinvestitionen — also genau das Falsche! Der Bundeskanzler ist sich dessen auch bewußt. Am

30. Juli, nach dem ersten unzulänglichen Haushaltssanierungsversuch, erklärte er vor der Bonner Presse: „Falls ... der festgestellte Gewinn der Bundesbank ... größer werden sollte ...“ (nämlich größer als die damals eingeplanten 6,1 Milliarden Mark), „so wird der überschießende Teil ausschließlich zur weiteren Rückführung der Nettokreditaufnahme verwendet werden. Darauf haben wir uns festgelegt!“

Heute will die Bundesregierung für 1982 fast vier Milliarden Mark mehr von der Bundesbank kassieren, ohne daß die Neuverschuldung zurückgeführt werden soll — Wortbruch Nr. 3! —.

Sechstens: Ist die Haushaltssanierung schon für 1982 nicht geglückt, so ist sie vollends unzulänglich für die Jahre danach. Die Finanzplanung der Bundesregierung bis 1985 ist schon heute, sechs Wochen nach ihrer Vorlage im Parlament, ein alter Hut. Was 1982 noch mit der Gewinnablieferung der Bundesbank in Höhe von 10 Milliarden Mark gekleistert wird, wird das erste in einer ganzen Kette von Milliardenlöchern in den Haushalten ab 1983 sein.

Ich fasse zusammen: Das Haushaltssicherungspaket von Bundesregierung und Koalition ist insgesamt unzulänglich. Es ist untauglich für eine dauerhafte Sanierung der Bundesfinanzen und in weiten Teilen falsch und investitionsschädlich. Es ist nicht geeignet, das Vertrauen in die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, das bei Bürgern, Wirtschaft und Finanzmärkten verlorengegangen ist, wieder zu begründen. Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ist und bleibt unglaubwürdig. Deshalb wird die CDU/CSU-Fraktion die anstehenden Gesetzentwürfe zur Haushaltssicherung, die den Kern dieses unzulänglichen Haushaltskonzepts bilden, in der Schlußabstimmung ablehnen.

Neue Milliardenlöcher in Nürnberg

Bei der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg fehlen im nächsten Jahr, selbst wenn die Zahl der Arbeitslosen 1,6 Millionen nicht überschreiten sollte, etwa 5 bis 6 Milliarden DM, erklärte MdB Bernhard Friedmann. Im einzelnen setzt sich dieser Betrag wie folgt zusammen:

1. Die Kommunen haben Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) vorfinanziert. Dies war zwar schon immer so, nachdem nunmehr aber dem fast vollständigen Wegfall dieser Fördermaßnahmen durch die Bundesanstalt für Arbeit zu rechnen ist, werden die Gemeinden ihre Rechnungen auf einmal präsentieren, und zwar in Höhe von 1,1 Milliarden DM. Die Bundesanstalt für Arbeit hat dafür keinen Pfennig vorgesehen — weder im diesjährigen noch im nächsten Haushalt.

2. Bei der Berechnung des zu zahlenden Arbeitslosengeldes wurde eine Leistungsempfängerquote von 57,5 Prozent unterstellt. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre muß damit gerechnet werden, daß von 100 Arbeitslosen nicht 57,5, sondern etwa 60 Prozent Arbeitslosengeld beanspruchen. Dies bedeutet eine Milliarde DM mehr als vorgesehen.

3. Der Zuschuß des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit ist auf 1,55 Millionen Arbeitslose ausgelegt. Die Bundesanstalt für Arbeit rechnet aber mit 100 000 mehr, so wie das Kieler Institut. Die zusätzlichen 100 000 Arbeitslosen kosten die Bundesanstalt für Arbeit weitere 1,2 Milliarden DM.

4. Die von der Bundesanstalt für Arbeit aufgrund der Haushaltssicherungsgesetze zu realisierenden Einsparungen wurden von der Bundesregierung auf ein volles Jahr — auf etwa 3 Milliarden DM beziffert. Die Gesetze werden ihre endgültige Form

aber erst in den letzten Dezembertagen erhalten. Die Bundesanstalt für Arbeit ist nicht in der Lage, die neuen gesetzlichen Bestimmungen so schnell umzusetzen, daß sie bereits ab dem 1. Januar 1982 greifen. Dies wird erst zum 1. Juli 1982 gelingen. Statt der erhofften 3 Milliarden DM werden daher nur 1,5 Milliarden im nächsten Jahr eingespart.

5. Die Reduzierung der ABM-Maßnahmen führt zwar zu Einsparungen bei dieser Förderungsmaßnahme, zugleich erhöht sich aber dadurch die Zahl der Arbeitslosen um weitere 30 000; das für sie erforderliche Arbeitslosengeld von 600 Millionen DM ist nirgends vorgesehen.

6. Die Absenkung des Fördersatzes für berufliche Fortbildung auf die Höhe des Arbeitslosengeldes nimmt den Anreiz zur Weiterbildung. Wer drückt schon gerne die Schulbank, wenn er für Nichtstun dasselbe erhält. Die mit der Einsparung der beruflichen Fortbildung korrespondierende Zunahme des Arbeitslosengeldes in Höhe von 500 Millionen DM ist nirgends berücksichtigt.

In der Debatte zum Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz stellte Heimo George fest:

Eine Erhöhung der Abgabenbelastung ist für die Arbeitnehmer nicht mehr vertretbar. Die Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung ist lediglich eine bedenkliche Folgewirkung einer seit Jahren verfehlten Wirtschafts-, Finanz- und Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. Die Versicherungspflicht für geringfügige Beschäftigungen führt zu einer zunehmenden Verbürokratisierung. Die Mehreinnahmen stehen in keiner vernünftigen Relation für den Verwaltungsaufwand, der bei allen Beteiligten besteht. Die Regelung bringt potentielle Mehrbelastungen für die Träger der Sozialversicherung dadurch, daß geringfügigen Beiträgen hohe Leistungsansprüche gegenüberstehen.

■ KOALITION

Wie üblich: Wehner diffamiert, um abzulenken

Zu den Angriffen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner, der die Politik der CDU/CSU als „staatszerstörend“ bezeichnet hatte, erklärt Heiner Geißler: Wehners Äußerungen sind der Wutausbruch eines mit seiner Politik Gescheiterten, der den nahen Untergang der SPD/FDP-Koalition vor Augen hat. In der ihm eigenen totalitären Staatsauffassung setzt Wehner das Scheitern dieser Regierung mit dem Untergang des Staates gleich.

Doch das Gegenteil ist richtig: Je eher die SPD/FDP-Regierung ihr Scheitern eingesteht und zurücktritt, desto schneller können mit einer neuen Regierung unter CDU-Führung ein neuer Anfang gemacht und im Interesse der Bürger unseres Landes die drängenden Probleme — wie Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung — angepackt werden.

NRW-SPD vermißt Führungswillen in Bonn

Der Landesvorstand des mit 300 000 Mitgliedern stärksten SPD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen hat negative Entwicklungen und Erscheinungen an der Bundesspitze der Partei kritisiert. Partei- und Regierungschef Johannes Rau beklagte auf einer zweitägigen Klausurtagung des Führungsgremiums in Gelsenkirchen, daß zwischen Bundeskanzler Schmidt, dem SPD-Bundesvorsitzenden Brandt und Bundestagsfraktionschef Wehner „zuwenig Kollegialität sichtbar“ werde. Der Düsseldorfer Arbeitsminister Farthmann meinte sogar, er spüre in Bonn „keinen Führungswillen“. Die bloße Pflichterfüllung des Kanzlers sei zu wenig. Der

stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Müdgen, äußerte den Eindruck, daß sich das Bonner Führungstrio „überlebt“ habe.

Judo-Rüge für FDP-Chef

Die niedersächsischen Jungdemokraten haben dem FDP-Landesvorsitzenden Heinrich Jürgens vorgeworfen, er steuere zielbewußt auf ein Bündnis mit der CDU hin und entziehe sich der Aufgabe, zur Stützung der sozial-liberalen Koalition in Bonn beizutragen. Jürgens habe mit seiner Äußerung, eine Koalition mit der SPD werde nach der Landtagswahl 1982 kaum möglich sein, die Entscheidung eines Landesparteitags über die Koalitionsaussage zu präjudizieren versucht.

Bonner Agrarpolitik verstößt gegen die Interessen der Landwirtschaft

Am 11. November 1981 trafen sich in Bonn die deutschen Mitglieder der EVP-Fraktion im Agrarausschuß des Europäischen Parlaments und die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ernährungsausschuß des Deutschen Bundestages zu einem ausführlichen Meinungsaustausch.

Im Mittelpunkt der Erörterungen stand die wirtschaftliche Lage der deutschen und auch der europäischen Landwirtschaft. Übereinstimmend wurde festgestellt, daß die von der EG-Kommission unter starker Einflußnahme der Bundesregierung konzipierte neue Agrarpolitik nicht das geeignete Mittel sei, um die agrarpolitischen Probleme in Europa zu lösen. Die Vorschläge der EG-Kommission laufen letztlich darauf hinaus, die Einkommen der Landwirte in Europa weiter zu senken. Dies wäre unsozial. Sie würden auch einer von CDU und CSU immer wieder geforderten bäuerlichen Agrarstruktur wider-

sprechen. Die Absichten der EG-Kommission und auch der Bundesregierung begünstigen mehr oder weniger den intensiven landwirtschaftlichen Großbetrieb, der auf die ökologischen Notwendigkeiten nur wenig Rücksicht nehmen kann.

Wenn die EG-Kommission und auch die Bundesregierung ausgehend von rein monetären Betrachtungen meinen, die billigste Agrarpolitik sei die beste, so irren sie sich gewaltig.

Leichtfertige Ausländerpolitik

Die Beschlüsse des Bundeskabinetts zur Ausländerpolitik, so erklärte der stellvertretende CDU-Vorsitzende, Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg, blieben weit hinter den berechtigten Erwartungen der Bundesländer, der Städte und Gemeinden zurück. Die Bundesregierung habe nur wenige Punkte aus den Vorschlägen des Bundesrats und der kommunalen Spitzenverbände zur Vermeidung einer unkontrollierten Einwanderung aufgenommen. Zu wichtigen Themen beschränke sie sich leider auf Prüfungsaufträge, die nicht ausreichen.

„Die Initiativen der Koalition reichen in keine Weise, dem Mißbrauch des Asylrechts mit seinen untragbaren Konsequenzen zu begegnen. Das Nein der SPD und FDP zu den einstimmig gefaßten Beschlüssen des Bundesrates führt zunehmend zu einem Notstand, einer wachsenden sozialen Spannung und einer Ausländerfeindlichkeit in vielen Städten der Bundesrepublik Deutschland. Die jetzige Praxis des Mißbrauchs des Asylrechts auf breiter Front macht vor allem für die Städte und Gemeinden die Lösung ihrer wichtigsten Probleme unmöglich und führt zu nicht mehr vertretbaren sozialen Schäden.“

Der Vorsitzende des Arbeitskreises Inneres und Recht der CSU-Landesgruppe im Bundestag, MdB Paul Gerlach, rügte die

Bundesregierung, sie halte unbeeindruckt von aller Kritik an ihrem Vorhaben fest „durch Zuerkennung von Einbürgerungsansprüchen und Eliminierung sachlich gebotener Einbürgerungsvoraussetzungen Ausländer mittels Federstrich zu Deutschen zu machen“. Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, MdB Carl Dieter Spranger, nannte die Erleichterung der Einbürgerung „sachlich unververtretbar“.

Gaus' strategisches Eigentor

Die deutschlandpolitischen Gedankenspiele des Günther Gaus gewinnen eine neue Dimension: Hebel für das, was Gaus in seiner Berliner Rede „jede Chance für unser geteiltes Land“ nennt, ist für ihn der strategische Rückschritt zur NATO-Doktrin der massiven Vergeltung der 50er Jahre. Projeziert man die Vorschläge des Vertrauten des SPD-Vorsitzenden Brandt auf die politische Realität der Gegenwart, bedeuten sie nicht weniger als den Versuch, die atlantische Allianz zu sprengen und Deutschland auf den direkten Weg in den Neutralismus zu führen. Gaus weiß sehr wohl, daß die Rückkehr zur Strategie der Androhung einer Vergeltung mit dem „nuklearen Hammer“ unmöglich, weil unglaubwürdig ist. Im Zeitalter der Zweitschlagskapazitäten in Ost und West ist die militärisch mögliche gegenseitige Androhung der nuklearen Vernichtung als politisches Instrument wertlos. Kein Staatsmann in Ost und West wird wegen einer regional eng begrenzten Konflikts den totalen Atomkrieg ausrufen. Indem Gaus unter dem Deckmantel deutschlandpolitischer Perspektiven die gegenwärtige NATO-Strategie aus den Angeln hebt, offenbart er eine realistische Alternative zu nennen. Er formuliert er die Absage an die fundamentalen Grundsätze unserer Außen- und Sicherheitspolitik.

CDU RHEINLAND

Parteitag der Zuversicht und des Auftriebs

Mit überwältigender Mehrheit hat der 36. Landesparteitag der CDU Rheinland am 7. November 1981 in Duisburg den Landesvorsitzenden der CDU Rheinland, Bernhard Worms, in seinem Amt bestätigt. Für Bernhard Worms sprachen sich 432 von 488 Delegierten — bei 25 Enthaltungen und 31 Nein-Stimmen — aus.

Damit kam Worms, der im November 1980 das Erbe des mitten im Landtagswahlkampf verstorbenen Heinrich Köppler antrat, auf einen Zustimmungsgrad von 88,5 Prozent der abgegebenen Stimmen (bei der ersten Wahl vor einem Jahr lag der Zustimmungsgrad bei 80 Prozent).

In seiner mit starkem Beifall bedachten Rechenschaftsrede verkündete Worms ein klares Nein zur vieldiskutierten „Einheitsgesellschaft Stahl“. Worms wörtlich: „Mit Gigantomanie sind wirtschaftliche Struktur- und Anpassungsprobleme nicht zu lösen.“ Damit würde auch der letzte Rest von Wettbewerb „vor die Hunde gehen“. Die Bundesregierung habe zu lange die rechtswidrigen Subventionspraktiken anderer europäischer Länder hingenommen. Worms: „Ich halte überhaupt nichts davon, wenn ganze Branchen und Unternehmen immer nur nach dem Staat rufen, wenn sie vom Wettbewerb hart gefordert werden. Wir sind kritisch gegenüber einer Subventionsmentalität, die das unternehmerische Risiko immer mehr auf die öffentlichen Hände überwälzt.“

Immer mehr Arbeitnehmer sähen mittlerweile, daß die SPD sie in eine Sackgasse

geführt habe. Die CDU Rheinland müsse deshalb ganz bewußt den Schwerpunkt ihrer Arbeit in jene Region — das Revier — setzen, in der sie Gefahr laufe, „in einem 30-Prozent-Ghetto zu verkümmern“. Worms zur geplanten Ruhrgebiets-Aktion der CDU: „Ich sehe in der Bevölkerung des Ruhrgebietes unsere natürlichen Verbündeten. Das sind doch keine linken Chaoten, sondern fleißige, ehrliche, bodenständige, solide, wache Leute mit einem nüchternen Realitätssinn, mit sozialem Verantwortungsgefühl, Wert- und Heimatverbundenheit und einem tief verwurzelten Bedürfnis, sich eine eigenständige und sichere Existenz aufzubauen.“ Dies alles seien auch „Attribute unserer Politik. Diese Menschen gehören doch zu uns.“

Die Ruhrgebiets-Aktion dürfe deshalb auch „weder zur spektakulären Show noch zur cleveren PR-Masche“ verkommen, sondern sie müsse vor allem dazu dienen, unsere örtlichen Mitglieder und Funktionsträger zu ermuntern, im direkten Kontakt von Mensch zu Mensch Zuwendung zu erreichen, verkrustete Strukturen aufzubrechen und für die CDU in Tausenden von persönlichen Begegnungen ein Klima des Vertrauens und der Vertrautheit zu schaffen.

Den nordrhein-westfälischen Finanzminister Posser forderte Worms zum Rücktritt auf. „Wenn der sozialdemokratische Ressortchef seine haushaltspolitischen Aufgaben in immer kürzeren Zeitabständen trotz erkennbarer Entwicklungen revidiert und dann nicht seinen Hut nimmt, hat er den Anspruch auf Glaubwürdigkeit verlo-

ren.“ Den „Schulden-Regierungen“ in Bonn und Düsseldorf traue niemand mehr über den Weg.

Der Landesvorsitzende forderte die Partei auf, mehr „rheinisches Selbstbewußtsein“ zu zeigen. Eine erste Etappe auf diesem Weg sei der Rheinlandtag in Aachen gewesen. Der „blutleere Begriff Nordrhein“ im Namen des Bundeslandes taue aber beispielsweise kaum zur Identifikation mit unserer Heimat, wie sie zum Beispiel für Hessen oder Bayern selbstverständlich sei. Worms: „Meiner Meinung nach müßte unser Land Rheinland-Westfalen heißen.“

Herzliche Dankesworte richtete der Chef der CDU Rheinland an alle Funktions- und Mandatsträger der Partei, die hauptberuflichen Mitarbeiter und vor allem „an jene Mitglieder, die nie ein Mandat oder Amt anstreben, aber durch dick und dünn mit uns gehen und uns in guten wie in schlechten Zeiten die Treue halten“. Auf ihre Unterstützung und tätige Mithilfe werde man auch angewiesen sein, wenn man das selbstgesteckte Ziel des Jahres 1982 erreichen wolle: die Steigerung der Mitgliederzahl von jetzt 132 000 auf 140 000. Die Mitglieder-Werbeaktion, die zur Zeit in der Landesgeschäftsstelle vorbereitet wird, steht unter dem Leitgedanken „Der Wechsel kommt — mach' mit“.

Der Präsidiumsvorsitzende der CDU Nordrhein-Westfalen und Oppositionsführer im Landtag, Kurt H. Biedenkopf, gratulierte Bernhard Worms nach dessen Wiederwahl zu dem überwältigenden Ergebnis und auch zur angekündigten „Aktion 140 000“. „Wir Westfalen nehmen diese Herausforderung zum edlen Wettstreit an.“ Unter dem Beifall des Parteitages ging der Oppositionsführer mit der sozialdemokratischen Landesregierung scharf ins Gericht. Das Land Nordrhein-Westfalen werde in die Agonie der Bundes-Koalition hineingezogen, ja die Regierung mit

ihren „chaotischen Verhältnissen“ stelle eine Gefahr für das Land dar.

„De facto ist die Ära Schmidt vorüber“, rief der Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands, Helmut Kohl, den Delegierten zu. Der Zeitpunkt für einen Regierungswechsel in Bonn sei näher „als viele glauben“. Kohl hielt der SPD vor, sie habe im Gegensatz zu ihren Wahlkampfbehauptungen den Frieden nicht sicherer gemacht.

Wenn es im Landesverband Rheinland gelinge, betonte Kohl, „läuft es auch in der Gesamtpartei gut“. Da sei Worms der richtige Mann am richtigen Platz. Auf sein Wort könne man sich verlassen. Er arbeite „unverdrossen, fleißig, mit einer Hingabe zur Sache und zu Personen, die beispielhaft ist“.

Langanhaltender Applaus schließlich der 488 Delegierten dankte dem scheidenden Landesschatzmeister, Herbert W. Köhler, für 10jährige erfolgreiche Arbeit. Wie auf allen Parteitagungen zuvor, hatte der Schatzmeister auch diesmal wieder eine ausgeglichene Bilanz vorlegen, ja darüber hinaus sogar auf Rücklagen für künftige Wahlkämpfe verweisen können. Ausdrücklich gewürdigt wurde in diesem Zusammenhang auch die sparsame Wirtschaftsführung des Landesgeschäftsführers Gerhard Pietsch. Zum Nachfolger Köhlers wählte der Parteitag mit großer Mehrheit den Vorsitzenden der CDU des Rheinisch-Bergischen Kreises und Bundestagsabgeordneten, Franz-Heinrich Krey.

Zu Stellvertretenden Landesvorsitzenden wurden gewählt:

Margarete Verstegen (313 Stimmen)
Konrad Grundmann (318 Stimmen)
Dr. Horst Waffenschmidt (367 Stimmen)
sowie Lothar Theodor Lempert (241 Stimmen)

Die Jugend will das Gespräch

Die jungen Menschen suchen das Gespräch mit der CDU und sind davon überzeugt, daß die Union ihre Anliegen ernstnimmt. Das geht aus einer Umfrage hervor, die unter den jugendlichen Gästen des 30. Bundesparteitages der CDU in Hamburg veranstaltet wurde.

Fast alle Befragten (99 Prozent) fanden die auf dem Parteitag diskutierten Themen interessant oder sogar sehr interessant. Mit den Diskussionsforen, in denen auch die jugendlichen Gäste Rederecht hatten, waren 65 Prozent zufrieden. Bei 29 Prozent hielten sich positive und negative Eindrücke die Waage. Jeder der wollte, so 74 Prozent der Befragten, konnte in den Foren zu Wort kommen, wovon 38 Prozent der in der Umfrage Interviewten Gebrauch machten.

Eine große Rolle spielten die Gespräche am Rande des Parteitages. 77 Prozent der befragten jungen Leute waren der Meinung, daß es genügend Gelegenheiten gab, mit den Politikern in ein Gespräch zu kommen. 70 Prozent haben nach eigenen Angaben diese Chance genutzt.

Auf Grund dieser Gespräche, der Diskussionen in den Foren und der Reden auf dem Parteitag hatten 70 Prozent der Befragten den Eindruck, daß die Anliegen, die von den Jugendlichen vorgebracht wurden, von der CDU ernstgenommen werden. Fast alle (96 Prozent) waren der Meinung, daß die CDU diese Art von Dialog mit Jugendlichen fortführen sollte, und ihrerseits bereit, an einer solchen Veranstaltung noch einmal teilzunehmen

Zehn zu eins für Ludwig Erhard

Die öffentlichen Rücktrittsmeditationen von Lambsdorff können nur insoweit über- raschen, daß sie so spät kommen und daß sie nicht von andern Amtskollegen, beispielsweise von Herbert Ehrenberg, geteilt werden. Das Scheitern einer Politik, die mit der Anmaßung betrieben wurde, Vollbeschäftigung nicht nur anzustreben, sondern auch garantieren zu können, ist offensichtlich.

SPD und FDP freilich tun so, als sei nichts geschehen, als hätten sie nicht jahrelang die Mahnungen und Warnungen vor der Mißachtung der Stabilität als „Krisenstrategie“ und als bewußtes Inkaufnehmen von Arbeitslosigkeit verleumdet. Das trifft in ganz besonderem Maß auf den heutigen Bundeskanzler zu, der für die letzte

Regierung Erhard die folgende Behandlung empfahl: Die Verantwortlichen schleunigst aus ihren Ämtern zu jagen oder sie ins Gefängnis zu stecken.

Der Vergleich der damaligen wirtschaftlich-sozialen Daten ist hochinteressant:

	1981	1966
(Ende Oktober)		
Arbeitslose	1 366 000	146 000
Quote	5,9 %	0,6 %
Offene Stellen	155 000	436 000
(Mitte Oktober)		
Kurzarbeiter	367 000	19 000
Inflationsrate	6,8 %	2 %
Netto-Neuverschuldung des Bundes	38 Md. DM	2,56 Md. DM

Bei wem also sind die Interessen der Arbeitnehmer und das Anliegen einer guten Beschäftigungslage besser aufgehoben ... ?

Demonstration für Frieden und Menschenrechte in Ost und West

In einem Brief an die Kreisvorsitzenden und Kreisgeschäftsführer der CDU haben Heiner Geißler und Matthias Wissmann gemeinsam die Mitglieder der Partei aufgefordert, an der Demonstration in Bonn anlässlich des Besuches des sowjetischen Partei- und Staatschefs Breschnew teilzunehmen. In dem Brief von Geißler und Wissmann heißt es:

Am 23. November 1981 kommt der Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnew, zu einem Staatsbesuch in die Bundesrepublik Deutschland. Aus Anlaß des Besuches haben die „Aktion für Frieden und Menschenrechte“ und die Junge Union Deutschlands zu einer Demonstration für Frieden und Menschenrechte in Ost und West am Sonntag, 22. November 1981, in Bonn aufgerufen. Diese Demonstration richtet sich nicht gegen den sowjetischen Staats- und Parteichef, der in jenen Tagen Gast unseres Landes sein wird, sondern ist eine Aktion für die Durchsetzung der Menschenrechte und für die Sicherung des Friedens in der ganzen Welt. Es ist wichtig, daß wir glaubwürdig unseren Willen zur Freiheit, unser Eintreten für die Menschenrechte und unsere Bereitschaft zur Abrüstung öffentlich dokumentieren.

Der Bundesparteitag der CDU hatte in Hamburg beschlossen, diese Aktion zu unterstützen. Weitere Einzelheiten:

Junge Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle, Annaberger Straße 283, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 31 00 11

Aktion für Frieden und Menschenrechte, Herrn Henseler, Prinz-Albert-Straße 65, 5300 Bonn 1, Telefon (02 28) 31 15 66

Neben zahlreichen Organisationen — darunter die Junge Union und die CDU/CSU — hat auch der FDP-Abgeordnete Mölle-

mann anlässlich des bevorstehenden Breschnew-Besuchs in Bonn zu einer öffentlichen Kundgebung aufgerufen. Unter dem Motto „Freiheit für Afghanistan“ hat er alle Abgeordneten gebeten, den Demonstrationsaufruf zu unterschreiben und an der Kundgebung teilzunehmen. **Der Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion hat daraufhin alle SPD-Abgeordneten ausdrücklich aufgefordert, den Aufruf nicht zu unterschreiben und an der Kundgebung nicht teilzunehmen.** Hierzu Philipp Jenninger, Parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion:

Erinnern wir uns: am 14. September, dem Tag nach der Anti-Haig-Demonstration in Berlin, zu der Jusos und SPD-Mitglieder aufgerufen hatten und die in Krawallen endete, fand der SPD-Vorstand in Bonn verständnisvolle Worte für die Demonstranten. Im Vorfeld der Bonner Kundgebung am 10. Oktober unterzeichneten mehr als 60 SPD-MdB einen Aufruf zugunsten dieser Demonstration, obwohl ihnen klar war, daß sie von zahlreichen kommunistischen Gruppen als anti-amerikanische und neutralistische Manifestation gedacht war. **Damals gab es keine Warnung des SPD-Fraktionsvorstandes!**

Jetzt, wo für den Abzug der Sowjets aus Afghanistan, für das Selbstbestimmungsrecht, die Menschenrechte, die Sicherung des Friedens in der ganzen Welt, für gleichgewichtige Abrüstung in Ost und West und die Verwirklichung der KSZE-Schlußakte demonstriert werden soll, beschließt der SPD-Fraktionsvorstand einen Maulkorberlaß. Die Bürger unseres Landes werden sich fragen, wohin es mit der SPD gekommen ist. Die Entscheidung des SPD-Fraktionsvorstandes ist ein Akt der moralischen Selbstabdankung und eine politische Bankrotterklärung.

AUFRUF

Am 23. November 1981 kommt der sowjetische Staats- und Parteichef, Leonid Breschnew, zu einem Staatsbesuch in die Bundesrepublik Deutschland. Wir begrüßen grundsätzlich diesen Besuch und die beiderseitige Bereitschaft, miteinander Gespräche zu führen.

Da in der UdSSR die Bürger ihren Wunsch nach Frieden und Menschenrechten nicht offen zum Ausdruck bringen können, rufen wir anlässlich des Besuchs von Leonid Breschnew in Bonn zur Demonstration auf.

Wir fordern

- Sofortigen Abzug der Roten Armee aus Afghanistan
- Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, auch für das ganze deutsche Volk
- Gleichgewichtige und ausgewogene Abrüstung in Ost und West
- Verwirklichung der KSZE-Schlußakte

Wir rufen auf zur

DEMONSTRATION FÜR FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE in OST und WEST

am Sonntag, dem 22. November 1981 in Bonn

- Treffpunkt: 11.00 Uhr, Straße „An der Josefshöhe“ (Bonn-Nord)
Start: 12.00 Uhr
Wegstrecke: An der Josefshöhe – Herseler Straße – Graurheindorfer Straße – Rosental
Am Johanneskreuz – Kölnstraße – Bertha-von-Suttner-Platz – Bonngasse
Marktplatz
Ende: Abschlußkundgebung ca. 14.00 Uhr, Marktplatz, Bonn

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

TERMINE

22. 11. **JU — Bund**
Demonstration zum Breschnew-Besuch
Beginn: 12 Uhr „An der Josefs-
höhe“ (Bonn-Nord), 14 Uhr
Marktplatz, Bonn, Abschlußkund-
gebung
23. 11. **LV Saar**
Geschäftsführender Landesvor-
stand, Saarbrücken
23. 11. **CDU — Bund**
Präsidium, Bonn
23. 11. **CDU — Bund**
Bundesvorstand, Bonn
27. 11. **Frauenvereinigung — Bund**
Bundesvorstand, Bonn
27. 11. **JU Baden-Württemberg**
Landesausschuß
27. 11. **LV Saar**
Geschäftsführerkonferenz
27. 11. **LV Oldenburg**
Mittelstandsvereinigung
Landestag, Oldenburg
27. 11. **LV Berlin**
Frauenvereinigung
Delegiertentag, Berlin
27. 11. **JU Schleswig-Holstein**
Landesausschuß, Neumünster
28. 11. **JU Niedersachsen**
Fachtagung „Union und Kirche“,
Osnabrück
28. 11. **BV Württ.-Hohenzollern**
Bezirksparteitag, Balingen
28. 11. **LV Rheinland, CDA**
Mitarbeiterkonferenz, Köln
28. 11. **LV Westfalen-Lippe, OMV**
Landesdelegiertenkonferenz,
Dortmund
28. 11. **LV Rheinland-Pfalz**
Frauenvereinigung
Hauptausschuß, Mainz
30. 11. **LV Berlin**
Landesvorstand, Berlin
30. 11. **EAK — Bund**
Bundesvorstand, Bonn
30. 11. **LV Berlin**
Landesvorstand, Berlin
30. 11. **LV Saar**
Geschäftsführender Landesvor-
stand, Saarbrücken
30. 11. **LV Saar**
Landesvorstand, Saarbrücken
- 2./3. 12. **LV Saar**
Klausurtagung
der Geschäftsführer
3. 12. **OMV — Bund**
Vorstand, Bonn
4. 12. **LV Oldenburg**
Landesdelegiertentag, Thüle
- 4./5. 12. **LV Berlin**
66. Landesparteitag, Berlin
- 4./5. 12. **CDU — Bund**
Mittelstandsvereinigung
Bundesvorstand, München
5. 12. **Frauenvereinigung — Bund**
AK „Medien“, Bonn

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD